



### Themen in dieser Ausgabe:

- Spendenaufruf für Monarchieforum
- Zum Krieg im Kaukasus
- Afghanistan braucht nicht mehr westliche Soldaten, sondern den König
- Königspalast in Hawaii besetzt

Jahr 2, Ausgabe 12

24.08.08

Bezieher: 254

## Spendenaufruf für Monarchieforum

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie haben gelesen, daß die Deutsche Monarchistische Gesellschaft zum 1. wissenschaftlichen Monarchieforum in Laufen an der Salzach vom 26. bis 28. September d. Js. eingeladen hat. Sie können sich vorstellen, daß dieses Ereignis in Laufen viel Geld kostet, welches wir privat aufbringen müssen. Dies wird u. a. für Folgendes benötigt:

- Referentenhonorare / Fahrtkosten
- Raum- und Saalmieten
- Werbeanzeige in den Medien und sonstige Öffentlichkeitsarbeit
- Fahrtkostenzuschüsse für Jugendliche der Kaisertreuen Jugend
- Druckkosten für Flyer und Plakate

Die Verantwortlichen in der DMG arbeiten selbstlos und ehrenamtlich und sind auf Ihre freundliche Unterstützung mit angewiesen. Öffentliche Zuschüsse, wie sie anderen Institutionen zufließen, erhalten wir nicht.

Wenn Sie zu den Förderern unserer Deutschen Monarchistischen Gesellschaft gehören, geben Sie der DMG Ihr Gesicht und bringen deutlich zum Ausdruck: „Ich gehöre dazu und will etwas bewegen!“ Wir brauchen Sie mit Ihren Talenten, Ihren Ideen und Ihrem Einsatz. Dafür soll es in Zukunft auch einen Förderkreis geben, der die Arbeit der DMG und den ihr angeschlossenen Organisationen unterstützt. Regelmäßige Treffen der Förderer sollen einen regen Gedankenaustausch mit sich bringen.

Spenden können Sie auf das Konto der Deutschen Monarchistischen Gesellschaft bei der HypoVereinsbank in Zeven, Kontonummer 616703591, BLZ 200 300 00 überweisen.

Vielen Dank für Ihre freundliche Unterstützung sagt Ihnen Ihre Deutsche Monarchistische Gesellschaft!

Für die Deutsche Monarchistische Gesellschaft: Heinz Emmrich

## Was braucht es noch, bis Georgien die Monarchie einführt?

In Ausgabe 20 kommentierte die *Corona* die höchstwahrscheinlich gefälschten Wahlen in Georgien, die Präsident Saakaschwili gegen eine monarchistische Opposition im Amt bestätigten. Damals schrieben wir auch, daß der Präsident an seinem Versprechen gemessen werden wird, die abtrünnigen Provinzen Südossetien und Abchasien wieder in das staatliche Gefüge Georgiens einzugliedern.

Dieses Versprechen wollte Herr Saakaschwili in den vergangenen Augusttagen einlösen - mit einem katastrophalen Ergebnis für die Zivilbevölkerung und die kleine georgische Armee, welche vollständig zerschlagen wurde.

Fairerweise muß gesagt werden, daß jeder Präsident eine militärische Option hätte in Erwägung ziehen müssen. Schon Wochen vor dem Konflikt wurden georgische Soldaten aus Südossetien beschossen, Hilferufe an die internationale Gemeinschaft verhallten ungehört. Der Verdacht liegt nahe, daß Rußland eine militärische Eskalation provoziert hat.

Gerade dies aber hätte Saakaschwili erkennen müssen. Stattdessen flüchtete er sich in

Wahnvorstellungen über eine militärische Unterstützung durch die NATO oder die Vereinigten Staaten. Was tut man aber gegen einen Präsidenten, dessen geistige Verfassung eine realistische Beurteilung der politischen Geschehnisse nicht mehr möglich erscheinen läßt? Auch dies hat sich die *Corona* in der Vergangenheit öfter gefragt. Für Georgien liegt eine naheliegende Lösung in einer Abschaffung des präsidentialistischen Systems zu Gunsten einer parlamentarischen Monarchie.

Die Debatte um eine Neuerrichtung der Monarchie wird durch den Krieg weiteren Auftrieb bekommen. Zwar werden sich Saakaschwilis treue Anhänger um ihn scharen und versuchen, ihn als Opfer der Ränkespiele des übermächtigen Nachbarn und der Nichtintervention der internationalen Gemeinschaft darzustellen. Doch weder die Opposition noch die mit der Monarchie sympathisierende Kirche, der die Menschen gerade in schweren Zeiten ihr Gehör schenken, dürften dabei mitspielen. Viel wird auch hier wieder vom Westen abhängen. Dieser muß sich im Namen der toten georgischen

Soldaten und Zivilisten fragen lassen, ob er, nur um Rußland zu reizen, weiterhin einen Präsidenten unterstützen will, welcher Wahlen fälscht und Kriege vom Zaun bricht.

L.R.



Zerstörte georgische Panzer in Südossetiens Hauptstadt Zchinwali: Das Ergebnis der Politik Saakaschwilis

## Afghanistan braucht nicht mehr westliche Soldaten, sondern den König



Als der König noch die Geldscheine zierte: Afghanistans Bevölkerung hat gute Erinnerung an die Monarchie.

Die zu Ende gehende Woche war für die westlichen Truppen in Afghanistan katastrophal: Am Montag starben zehn französische Soldaten, 21 wurden zum Teil schwer verwundet, am Mittwoch kamen drei polnische Soldaten ums Leben, ein weiterer wurde verwundet. Einen Tag später wurden drei kanadische Soldaten getötet, weitere wurden verletzt. Im Fall der französischen Soldaten beschuldigten Verwundete laut der Nachrichtensendung „France 2“ die amerikanische Luftwaffe, sie in „friendly fire“ angegriffen zu haben - von den Verbündeten getötet, die eigentlich als Verstärkung zu Hilfe gerufen wurden. Der Vorwurf entbehrt nicht der Logik, denn 31 Opfer in einer Kampfhandlung lassen sich kaum mit leichtbewaffneten Taliban-Kämpfern erklären. Wieviele Taliban sowie afghanische Regierungssoldaten und Zivilisten umkamen, das summieren die Agenturen in ihren Meldungen nicht. Die Zahl dürfte ein Vielfaches der westlichen Verluste betragen.

Es ist längst kein Geheimnis mehr, daß die Taliban auf dem Vormarsch sind, selbst wenn der afghanische Präsident Hamid Karzai bestreitet, es gebe eine Einkreisung der Hauptstadt Kabul. Karzai ist keine Figur mehr, der eine große Zukunft zugebilligt wird. Der ehemalige Angestellte des US-amerikanischen Ölkonzerns UNOCAL, zu dessen Spitzenmanagern einst US-Vizepräsident Dick Cheney zählte, hat seinen letzten Kredit im Land verspielt. Er war ohnehin nie die erste Wahl der Afghanen. Der in Afghanistan geborene Matin

Baraki promovierte 1995 an der Universität Marburg und schrieb bereits 2004 in der Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament, Aus Politik und Zeitgeschichte*: „Die USA haben zehn Millionen Dollar ausgegeben, um Stimmen für ihren Wunschkandidaten zu kaufen. ... Die Rückkehr [König] Mohammed Sahers - er wollte wieder Staatsoberhaupt werden - aus seinem römischen Exil nach Kabul wurde auf Intervention von US-Präsident George W. Bush beim italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi verschoben, um seine Anwesenheit im Vorfeld der Loja Djerga zu verkürzen. Trotzdem: Mehr als 800 Delegierte [von insgesamt 1500] hatten vor [deren] Beginn für ihn als möglichen Staatschef gestimmt“. (48/2004)

Es rächte sich bitter, daß die republikanischen Ideologen nicht einsahen, daß in einem Land wie Afghanistan Loyalität zu einem Monarchen größer ist als zu einem von den USA auserwählten Präsidenten. Noch kann der Fehler korrigiert werden. Der hohe Blutzoll, den westliche Truppen und afghanische Bevölkerung entrichten, schreit nach einer politischen Lösung und nicht nach mehr Soldaten oder dem Einsatz der Bundeswehr in den heftig umkämpften Zonen. Auch mit einem verdoppelten Kontingent wäre Afghanistan nicht zu „befrieden“, das lehrt die Geschichte. Eine neue Loja Djerga sollte - dieses Mal ohne ausländische Beeinflussung - Gelegenheit bekommen, Kronprinz *Ahmad Shah Khan* zum König auszurufen. Nur eine afghanische Lösung bietet Aussicht auf Frieden. H.S.

## Ehemaliger Königspalast Hawaiis besetzt



Lili'uokalani war die letzte Königin und gleichzeitig letzte Herrscherin Hawaiis, die keine Marionette der USA sein wollte.

Wenn über Kolonialismus gesprochen wird, kommen aber bereits deutlich ein Verlust der Selbständigkeit ab, einem die Vereinigten Staaten von Amerika nicht unbedingt sofort in den Sinn, zumindest aus einer europäischen Perspektive. Die Staaten Zentralamerikas und der Karibik jedoch wissen von zahlreichen Interventionen und Okkupationen durch die USA bis in die 1930er Jahre hinein zu berichten. Andere Staaten verloren ihre Unabhängigkeit an die USA. Hierzu gehört auch das Königreich Hawaii.

Dessen vorläufig letzte Königin Lili'uokalani versuchte seit ihrem Amtsantritt 1891, eine Verfassung durchzusetzen, die die Rechte des Monarchen stärkt. Anders als vermutet werden könnte, erfreute sich dieses Projekt breiter Unterstützung unter den Hawaiianern, richtete es sich doch gegen die ausländischen, vor allem US-amerikanischen Wirtschaftseliten im Land, die ihre Interessen oft ohne Rücksicht auf die Belange der Einheimischen durchzusetzen pflegten.

Als die Königin ihr Projekt 1893 schließlich zur Ausführung bringen wollte, gründeten diese ausländischen Eliten ein „Sicherheitskomitee“, dem eine bewaffnete Truppe unterstand, welcher keine Einheimischen angehörten. Dieses Sicherheitskomitee setzte die hawaiianische Königin ab und begründete diesen Schritt mit dem Schutz amerikanischer Staatsbürger in Honolulu. Der Putsch genoß die Unterstützung Washingtons.

In der Folge wurde Hawaii Republik, es zeichnete sich

aber bereits deutlich ein Verlust der Selbständigkeit ab, der formell 1898 vollzogen wurde. Die Königin wurde in einem Schauprozess wegen Hochverrat zu lebenslanger Haft verurteilt. Diese wurde ihr jedoch im Austausch gegen ihre offizielle Abdankung erlassen, zu der sich die Königin auch entschloß, weil ihr zugesichert wurde, daß nur so ihre inhaftierten Anhänger wieder freikommen würden. Der Königspalast, Iolani, diente im Anschluß bis 1969 als Regierungsgebäude.

Genau diesen Palast besetzten am 16. August hawaiianische Royalisten, um ihrer Forderung nach Unabhängigkeit und Monarchie Gehör zu verschaffen. Nach zwei Stunden wurde die Aktion von der Polizei beendet, es kam zu 22 Festnahmen wegen Einbruchs, die Palastbesetzer kamen jedoch schnell gegen Kaution auf freien Fuß. Während die Sicherheitsmaßnahmen rund um den Palast nun verstärkt werden sollen, kündigten die Besetzer an, weitere Aktionen durchführen zu wollen.

Obwohl eine Restauration der Monarchie und der Unabhängigkeit nicht realistisch sind, zeigt die Aktion doch, daß die Herrschaft der USA über Hawaii nicht von allen Teilen der Bevölkerung akzeptiert ist. Diese haben ihre Verwicklung in den Sturz der Monarchie mittlerweile zugegeben. 1993, 100 Jahre danach, entschuldigte sich der US-Präsident offiziell bei den Hawaiianern.

L.R.

## Gómez Dávila

Der ehrliche Gegner ist der einzige hellsichtige Zeuge einer Doktrin.

## Tage:

9. September 1872: Fürst Otto von Bismarck wird Ehrenbürger von Berlin

12. September 1974: In Äthiopien wird Kaiser Haile Selassie durch einen Militärputsch gestürzt

## Impressum:

**Herausgeber:** Bund aufrechter Monarchisten, Pasterstraße 32, 10407 Berlin, **E-Mail:** [corona\\_redaktion@yahoo.com](mailto:corona_redaktion@yahoo.com)

**Autorenverantwortung:** Für namentlich oder mit Initialen gekennzeichnete Artikel ist der Autor alleinverantwortlich.

**Erscheinungsweise:** Der Rundbrief erscheint alle drei Wochen.

**Bezugsweise:** Die pdf-Datei ist kostenlos erhältlich. Interessenten wenden sich an die Redaktionsadresse, um sich in die Verteilerkartei eintragen zu lassen.

**Copyright:** Alle Rechte an den Artikel liegen bei der Redaktion und den Autoren. Nachdruck oder elektronische Verbreitung einzelner Artikel ist nur mit Zustimmung der Redaktion sowie des Autors möglich. Die unveränderte Weitergabe des Rundbriefs ist gestattet. Leserbriefe und Beiträge zur Veröffentlichung in **Corona** bitte an: [corona\\_redaktion@yahoo.com](mailto:corona_redaktion@yahoo.com); Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 24. August 2008